

# Gewerkschaft liche Monatshefte 12'77

Karl Schwab

---

## „STOP Jugendarbeitslosigkeit“ - Argumente statt Parolen

---

*Karl Schwab, geboren 1920 in Nürnberg, ist als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB u. a. zuständig für die Abteilung Jugend.*

Als Anfang September die DGB-Aktion „STOP Jugendarbeitslosigkeit“ begann und der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, kam es zu scharfen Gegenreaktionen:

- Da erklärte der Landesverbandspräsident der industriellen Arbeitgeberverbände NRW, der DGB vergifte das politische Klima und gefährde den inneren Frieden in der Bundesrepublik. Direkt zu der Aktion behauptete er, sie müsse in ihrer unglaublichen Form die Haßgefühle gegen die Unternehmer schüren; der DGB bediene sich der Statistik nach Gutdünken und scheue auch nicht davor zurück, untaugliche Zahlen zur Panikmache einzusetzen.
- Da stellte der „Züricher Wirtschaftsbrief“ einen Zusammenhang mit dem Terroristen-Mordanschlag in Köln her und meinte, jener sei mit auf die hemmungslose Verketzerung von Unternehmertum und Kapitalismus durch Gewerkschafts- und SPD-Sprecher zurückzuführen.
- Da stand in der „Rheinischen Post“, „die Gewerkschaften müssen sich gerade im Fall Schleyer vorhalten lassen, daß in ihren Zeitungen Haß gegen den Arbeitgeberpräsidenten gesät wurde. Zwar wollten sie damit nicht Gewalt propagieren, aber sie sollten prüfen, ob ihre Sprache angemessen und zeitgemäß ist.“

Diese Auswahl von Reaktionen - sie ließe sich weiter fortsetzen - macht einiges an politischem Klima in diesen Tagen und Wochen deutlich. Hier braucht nicht auf den infamen und untauglichen Versuch eingegangen zu werden, die Gewerkschaften dafür mit verantwortlich machen zu wollen, daß eine angeblich politisch motivierte Gruppe von Kriminellen Morde begeht. Die Gewerkschaften haben es nicht nötig, ihre demokratische Integrität, ihre Ablehnung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zu beteuern: Ihre Geschichte ist der beste Beweis dafür.

Es steht mehr hinter einer solchen Kritik, die sich vordergründig an Fragen der Ästhetik und der Sprache entzündet und dabei ablenkt von den Inhalten. Denn wer seit Monaten keine Möglichkeit ausgelassen hat, die Arbeitslosen und unter ihnen die Frauen, die älteren Arbeitnehmer und die Jugendlichen im besonderen als arbeitsscheu, als nicht leistungsfähig, als verwöhnt in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen, der hat das moralische Recht verloren, anderen eine „Vernebelung des Bewußtseins der Öffentlichkeit“ vorzuwerfen.

Die Aktion „STOP Jugendarbeitslosigkeit“ ist genau das Gegenteil von Agitation. Sie soll Anhaltspunkte für eine kritische und nach vorn gewandte Diskussion und Argumentation geben - gegen die großen Vereinfacher und Sand-in-die-Augen-Streuer. Und die Realität ist nicht dazu geeignet, Schönfärberei zu betreiben. 1975, 1976 und mit ziemlicher Gewißheit auch 1977 lag und liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen bei über einer Million. Nicht gerechnet ist dabei die hohe Zahl der Kurzarbeiter, die zeitweilig an die Millionengrenze heranreichte und im Sommer 1977 immer noch 300 000 betrug; nicht mitgerechnet sind über 600 000 ausländische Kolleginnen und Kollegen, die seit 1973 in ihre Heimatländer zurückkehrten; nicht mitgerechnet sind Hunderttausende vor allem beschäftigungsloser Frauen und Jugendlicher, die sich erst gar nicht oder nicht mehr beim Arbeitsamt melden. Experten rechnen auf mittlere Sicht bis 1985 und bei einer bereits jetzt absehbaren ständigen Zunahme der Erwerbsfähigen mit Arbeitslosenzahlen von weit über zwei Millionen. Die Diagnose lautet eindeutig: Selbstheilung ausgeschlossen.

Das gilt erst recht für die Jugendarbeitslosigkeit: Jeder weiß, daß das Problem Jugendarbeitslosigkeit nicht kleiner, sondern größer wird. Trotz aller Versprechungen von Unternehmerseite klafft eine immer größer werdende Lücke zwischen Lehrstellenangebot und Nachfrage; trotz aller staatlichen Programme sind nach wie vor 100 000 Jugendliche unter 20 Jahren und über 250 000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos; immer größer wird die Zahl derer, die nach der Ausbildung nicht übernommen werden und für die die Ausbildung, z. B. in nicht zukunftsorientierten Berufen, nur eine dreijährige Übergangsfrist zur Arbeitslosigkeit oder Hilfsarbeitertätigkeit darstellt.

Bis Mitte der 80er Jahre verlassen die sogenannten „geburtstarken Jahrgänge“ das allgemeinbildende Schulsystem. Während die Zahl der Schulabgänger Anfang der 70er Jahre noch bei rd. 700 000 lag, wird sie Anfang der 80er Jahre bis auf

960 000 ansteigen. Der erste große „Schub“ erfolgte in diesem Jahr - rd. 60 000 Schulabgänger mehr als im Vorjahr. Dieser wachsenden Nachfrage an Ausbildungsplätzen steht ein seit Jahren gesunkenes Angebot gegenüber. Ein Anhaltspunkt dafür sind die der Berufsberatung der Arbeitsämter gemeldeten freien Ausbildungsplätze. Sie sanken von im Durchschnitt 600 000 bis 660 000 in den 60er Jahren bis auf 345 000 in diesem Jahr.

Die Gewerkschaften haben immer wieder erklärt, und diese Erklärung ist auch heute und morgen noch richtig, daß die Jugendarbeitslosigkeit kein Problem für sich, sondern ein wegen seiner gesellschaftlichen und politischen Bedeutung allerdings sehr wichtiger Teilaspekt der Arbeitslosigkeit insgesamt ist. Deswegen hat der Kampf um die Beseitigung dieses Zustands dort anzusetzen, wo Arbeitslosigkeit allgemein und damit auch Jugendarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden muß und kann. Damit ist dieses Bemühen eingebunden in die gewerkschaftliche Strategie und die Vorstellung des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.

Das heißt nicht, daß im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit nicht sehr konkrete und wenn man so will jugendspezifische Zielsetzungen hinzukommen. Denn wenn man auf der einen Seite feststellt, daß Probleme der beruflichen Bildung, des Jugendarbeitsschutzes, der Übernahme und andere alle Arbeitnehmer heute oder morgen genauso betreffen, können wir auf der anderen Seite sagen: Erfolge im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit sind Erfolge gegen Arbeitslosigkeit insgesamt, sind Teil einer gemeinsamen Strategie. Deshalb geht für den DGB und geht für die Gewerkschaftsjugend die Auseinandersetzung weiter:

- für die Ausweitung von qualifizierten Ausbildungsplätzen in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst. Dazu müssen zumindest als ein erster Schritt sofort die Bestimmungen des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes angewandt werden, die eine Umlagefinanzierung für neue Ausbildungsplätze vorsehen;
- für mehr überbetriebliche Ausbildungsplätze und schulische Vollzeitausbildungsstätten besonders in strukturschwachen Gebieten;
- für die Verlängerung der Schulzeit um ein 10. allgemeinbildendes Pflichtschuljahr mit mehr berufsbezogenem Unterrichtsangebot und dem Fach „Arbeitslehre“;
- für die Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres als 11. Schuljahr, das als 1. Jahr der Berufsausbildung voll auf die Ausbildungszeit anzurechnen ist.

Arbeitslosigkeit und damit auch Jugendarbeitslosigkeit kann am wirksamsten durch eine konsequente Aufnahme und Fortführung tiefgreifender Reformmaßnahmen bekämpft werden. Es ist höchste Zeit, daß die Politik das erkennt und die entsprechenden Entscheidungen trifft.

Aber - und das muß an dieser Stelle durchaus selbstkritisch eingefügt werden: Bislange wurde, auch im Bereich der Gewerkschaftsjugend, bei der Diskussion über

Forderungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit allzusehr „der Staat“ zum Adressaten von Forderungen und zur „Problemlösungsinstanz Nr. 1“ gemacht, ohne zunächst und zuallererst nach Möglichkeiten zu suchen, wie mit dem Instrumentarium der „traditionellen“ gewerkschaftlichen Aufgabenfelder (Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute, Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge usw.) Forderungen und Durchsetzungsschritte entwickelt werden können, die zugleich deutlich machen, daß Jugendarbeitslosigkeit - wie Arbeitslosigkeit insgesamt - nicht nur ein Problem derer ist, die arbeitslos sind, sondern diejenigen genauso trifft, die *noch* Arbeit haben.

Eine Anmerkung in diesem Zusammenhang: Der plumpe Versuch, die Arbeitslosen und besonders die Jugendlichen als arbeitsunwillig und arbeitsscheu zu diffamieren, verstärkt den Verdacht, daß entweder Lösungsmöglichkeiten nicht gesehen werden oder keine Bereitschaft vorhanden ist, solche anzupacken. Dieser Versuch, von Wirtschaftsverbänden über Massenmedien in die Öffentlichkeit lanciert, dient einzig und allein der Ablenkung von den tatsächlichen Zuständen: Nicht die Arbeitslosen sind es, die versagen, sondern ein Wirtschaftssystem zeigt sein wahres Gesicht, in dem der Profit alles ist und der Mensch lediglich ein Kostenfaktor.

Arbeitslose wehren sich kaum gegen diese Diffamierungskampagne. Wie sollten sie auch. Sie sind allenfalls ängstlich bemüht, ihre Umwelt nichts von der „Schande“ merken zu lassen, weil sie wissen, daß ihnen sonst die Isoherung droht. Deshalb ist es die Sache derjenigen, die Arbeit haben, solche Diffamierungskampagnen zu entlarven, damit die Opfer dieses Systems nicht weiterhin zu Schuldigen gemacht werden können.

Hier kann die Aktion „STOP Jugendarbeitslosigkeit“, können die von der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Materialien und Argumentationshilfen ein wichtiges Element sein. Diese Aktion „STOP Jugendarbeitslosigkeit“ ist Bestandteil und zugleich äußerer Rahmen der von Einzelgewerkschaften, DGB-Kreisjugendausschüssen und DGB-Landesbezirksjugendausschüssen geplanten und durchgeführten Aktionen und Aktivitäten. Die Aktion „STOP Jugendarbeitslosigkeit“ ist keine zentral veranstaltete Massenaktion. Sie setzt dort an, wo sich Jugendarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen zeigt, wo die mit der Jugendarbeitslosigkeit zusammenhängenden Probleme „hautnah“ erfahren werden: In den Betrieben und Verwaltungen, in den Schulen und Berufsschulen, im örtlichen Umfeld.

Ein Ziel der Aktion ist die Bestandsaufnahme der Situation „vor Ort“, um daraus konkrete Aktivitäten entwickeln zu können - z. B. für die Schaffung von Ausbildungsplätzen, für überbetriebliche Ausbildungszentren, für die Übernahme Ausgebildeter in ein Arbeitsverhältnis, gegen Qualitätsabbau in der Berufsausbildung, gegen das Unterlaufen von Jugendarbeitsschutzrechten. Es geht darum, verstärkt in den betrieblichen Interessenvertretungsorganen und örtlichen gewerkschaftlichen

Gremien und Gruppen eine Diskussion darüber zu führen, wie z. B. mit den rechtlichen Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes, mit Betriebsvereinbarungen, aber auch durch Tarifverträge alle Möglichkeiten ausgeschöpft und erweitert werden können, um einen wirksamen Schutz sowohl vor Arbeitsplatzverlust als auch vor Dequalifizierungstendenzen zu erreichen. Und es geht darum, auf betrieblicher, regionaler und Branchenebene Einfluß auf die Anzahl und die Ausweitung von Ausbildungsplätzen zu nehmen - bei gleichzeitiger Erhaltung und Ausweitung von Qualitätsansprüchen an eine zukunftsorientierte Berufsausbildung.

Fester Bestandteil der Aktion „STOP Jugendarbeitslosigkeit“ ist der Kampf um die Erhaltung von Schutzgesetzen für die arbeitende Jugend - gerade in Krisenzeiten. Die Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz häufen sich. Bekanntgewordene Fälle von massiver Ausbeutung, von Raubbau mit der Gesundheit Jugendlicher und von „Probearbeit“ für Schulabgänger sind nur die Spitze des Eisbergs. In diesem Zusammenhang sei auch an den (hoffentlich zum Scheitern verurteilten) Versuch von Unternehmerverbänden und ihrer politischen Freunde in Bundesrat und Bundestag erinnert, mit dem Hinweis auf sogenannte „ausbildungshemmende Vorschriften“ der Öffentlichkeit eine Scheinalternative von Qualität und Quantität in der Berufsausbildung zu suggerieren.

Allerdings können noch so viele Broschüren, Argumentationshilfen, Plakate usw. nicht ersetzen, was heute notwendiger denn je ist: nämlich das Gespräch mit den Betroffenen, mit den Eltern, mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten. Damit wird diese Aktion zugleich ein Prüfstein für die Effektivität und die Zielrichtung der seit einiger Zeit im Bereich der Gewerkschaftsjugend geführten sogenannten Strategiediskussion sein. Denn zentrale Punkte dieser Diskussion, z. B. über die Notwendigkeit der stärkeren betrieblichen Verankerung insbesondere der örtlichen DGB-Jugendarbeit, die Notwendigkeit einer mobilisierenden und politisch aktivierenden gewerkschaftlichen Jugendarbeit im Rahmen der Gesamtorganisation, müssen sich jetzt in der Praxis beweisen.

Es muß zentrale Zielsetzung - nicht nur der Aktion „STOP Jugendarbeitslosigkeit“ - sein, von der noch so guten und richtigen Arbeit einzelner Jugendvertreter und Jugendausschußmitglieder hin zu einer breiten Aktivierung unter den Jugendlichen zu kommen; von der noch so guten und richtigen Arbeit in einzelnen Gewerkschaftsbereichen hin zu einer Gesamtstrategie der Gewerkschaften gegen Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit zu kommen; von der noch so guten und richtigen Arbeit in einzelnen Kommunen und staatlichen Bereichen hin zu einem öffentlichen Druck und zu einer „konzertierten Aktion“ (im guten Sinne des Wortes) für das Recht auf Arbeit und Ausbildung zu kommen.

Das wäre ein wichtiger Fortschritt für alle - die von ihrer Arbeit leben.